

Emanzipation statt Partizipation?

Potenziale von emanzipatorischer Stadtteilarbeit für die Entwicklung von Städten

Katharina Kirsch-Soriano da Silva

Abstract *Im Zuge der Entwicklung und Transformation von Städten verändern sich auch soziale Gefüge und Beziehungen, eröffnen sich unterschiedliche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit zielen darauf ab, Menschen in einer Stadt zu involvieren – ausgehend von ihren Lebenswelten wie Stadtteilen, Nachbarschaften und Communities. Dabei stellt sich die Frage, welche emanzipatorischen Potenziale in diesen Handlungsansätzen liegen und welche konzeptionellen Anknüpfungspunkte dafür Relevanz besitzen. Anstelle von Partizipation wird der Blick auf Emanzipation gerichtet – darauf, welche Perspektiven für Ermächtigung und Befreiung aus Strukturen der Abhängigkeit, Benachteiligung und Diskriminierung im Zuge der Gestaltung von Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit verankert sein können. Der Beitrag setzt sich zunächst mit der Bedeutung des Begriffs der Emanzipation auseinander, seinem historischen Bedeutungswandel von der Freilassung zur Selbstbefreiung, von der individuellen Ermächtigung zur gesellschaftlichen und politischen Emanzipation von Gruppen, die ausgeschlossen bzw. diskriminiert sind. Es werden in der Folge auch Verbindungen mit Konzepten einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit und Stadtforschung hergestellt – wie dem Community Organizing, der Befreiungspädagogik, Recht auf Stadt sowie Urban Citizenship. Anhand von konkreten Beispielen aus der Stadtteilarbeit der Caritas Wien werden mögliche methodische Herangehensweisen für eine emanzipatorische Praxis skizziert, die auch Schnittstellen zu Forschung sowie Erarbeitung strategischer Policies aufzeigen. Ein Fazit beleuchtet die Potenziale von emanzipatorischer Stadtteilarbeit und setzt diese zu interdisziplinärer Stadtforschung in Bezug.*

Keywords *Emanzipation; Partizipation; Stadtentwicklung; Stadtforschung; Stadtteilarbeit; Gemeinwesenarbeit*

Partizipation und Emanzipation – gesellschaftliche Teilhabe im Wandel

Möglichkeiten, die Entwicklung von Städten und Stadtteilen mitzugestalten, sind eine Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Teilhabe bedeutet dabei die aktive Beteiligung am politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben – Teilhabe in unterschiedlichen Themenfeldern und Lebensbereichen. Im Kontext aktueller Stadtplanung und Stadtentwicklung ist *Partizipation* ein zentraler Begriff geworden. In gesellschaftlichen Praktiken zeigen sich dabei laufend auch Prozesse der Inklusion und Exklusion, die Mitsprache ermöglichen oder erschweren. In Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe könnte der Begriff der *Emanzipation* eine wesentliche Rolle für die Demokratisierung von Stadt spielen, was sich mittlerweile auch im Diskurs zu *emancipatory cities* widerspiegelt (Knierbein/Vidermann 2018).

Partizipation in der Stadtentwicklung

In Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsprozessen begannen partizipative Herangehensweisen ab den 1970er Jahren vermehrt eine Rolle zu spielen (Hertzsch/Hamedinger 2019) und haben sich seitdem in ihren Handlungsansätzen wiederholt gewandelt. Der Begriff der *Partizipation* – so weitreichend er auch gelebt werden mag – legt dabei immer nahe, dass eine Instanz über Entscheidungsmacht verfügt und andere daran beteiligt bzw. einzelne Entscheidungen ganz oder teilweise an andere delegiert. Sherry Arnsteins 1969 ausgearbeitete *Ladder of Citizen Participation* identifizierte bereits unterschiedliche Stufen der Partizipation. Diese reichen von Formen der Nicht- bzw. Schein-Partizipation; über Vorstufen der Partizipation wie Formate der Information und Konsultation; bis zur tatsächlichen Partizipation durch gemeinsame partnerschaftliche Entscheidung, Delegation von Entscheidungsmacht oder sogar Selbstorganisation und zivilgesellschaftlich kontrollierte Entscheidungen (Arnstein 1969).

Das *Partizipationsmodell* von Dietmar Köster (2009) verweist darauf, dass es auch seitens der Zivilgesellschaft unterschiedliche Voraussetzungen gibt, um sich zu beteiligen. Partizipation erfolgt im Spannungsfeld struktureller und individueller Möglichkeiten. Individuelle Voraussetzungen sind u.a. das persönliche Demokratieverständnis, Bildung, Betroffenheit/Interesse sowie das eigene Informationsverhalten. Strukturelle Voraussetzungen werden durch gesellschaftliche und politische Strukturen, vorhandene Bildungsmöglichkeiten sowie die gelebte Partizipations- und Kommunikationskultur geprägt. Die ökonomische Lage und die verfügbaren finanziellen Ressourcen beeinflussen ebenfalls die strukturellen Voraussetzungen für Partizipation (Köster 2009). Das Modell zeigt auf, dass es auch gesellschaftlich verankerte Rahmenbedingungen sind, welche die Zugänge zu oder die Ausschlüsse von partizipativen Prozessen mitkonditionieren.

Emanzipation als handlungsleitende Perspektive?

Gerade mit einem Blick auf gesellschaftliche Strukturen, welche Praktiken der Beteiligung und Möglichkeiten für Teilhabe und Mitsprache prägen, ist *Emanzipation* als handlungsleitendes Konzept interessant. Emanzipation bedeutet die Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit, die Erreichung von Selbständigkeit bzw. Gleichstellung (Oehler et al. 2017). Die Bedeutung des aus dem Lateinischen stammenden Begriffs *emancipatio* war ursprünglich: *aus der Hand geben* aus dem eigenen Besitz. Damit war im Römischen Reich die Entlassung eines Sohns aus der väterlichen Gewalt in die Selbständigkeit oder die Entlassung eines Sklaven aus dem Eigentum seines Herren gemeint. Etwa ab der frühen Neuzeit erfuhr das Verständnis von Emanzipation einen Bedeutungswandel von der Befreiung hin zur Selbstbefreiung von Individuen aus bevormundenden Strukturen (ebd.).

Im Zuge gesellschaftspolitischer Bewegungen verschob sich schließlich der Fokus hin zur gesellschaftlichen und politischen Selbstbefreiung sozialer Gruppen, die – auf Basis von Klassenzugehörigkeit, Geschlecht/Gender oder Ethnizität – diskriminiert und von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden (ebd.). Eine intersektionale Perspektive lenkt dabei den Blick auf verschiedene Dimensionen von gesellschaftlichen Benachteiligungen und Abhängigkeiten, die einander überlagern und verstärken können, wie *class*, *gender* oder *ethnicity* (Becker-Schmidt 2007).

Darüber hinaus sind emanzipatorische Perspektiven in der Gestaltung und Entwicklung von Städten im Kontext aktueller und global wirkender Herausforderungen zu sehen. Das heißt: im Kontext gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse, die durch einen globalen Kapitalismus geprägt sind; im Kontext sozialer Ungleichheiten und Tendenzen der sozialräumlichen Segregation und Spaltung von Städten; im Kontext einer stark steigenden Finanzialisierung von Grundstücken und Immobilien; sowie im Kontext ungleicher Zugänge zu urbanen Räumen, Infrastrukturen und Dienstleistungen (Aalbers 2008; Sassen 2001). Emanzipationsprozesse zu initiieren und zu begleiten, erfordert daher auf der einen Seite, Strukturen der Benachteiligung, Exklusion und Unfreiheit – mit Blick auf Städte und Stadtteile – zu identifizieren. Auf der anderen Seite bedeutet es, Menschen zu ermächtigen, diese Strukturen zu überwinden bzw. diesen entgegenzuwirken. Die Idee der Emanzipation kann dabei ein wesentliches handlungsleitendes Potenzial für Methoden und Zugänge in der Stadtteilarbeit und für die Gestaltung von Stadt entfalten (Oehler et al. 2017).

Emanzipatorische Konzepte in der Gemeinwesenarbeit und Stadtforschung

In der Gemeinwesenarbeit sowie in der Stadtforschung zu urbanen sozialen Bewegungen finden sich Traditionslinien und Konzepte, die an diesen Gedanken der Emanzipation anknüpfen, indem sie Menschen ermächtigen und ermutigen, in ihren Lebenswelten aktive und gestaltende Akteur:innen zu sein.

Community Organizing

Eine Herangehensweise, die stark auf die emanzipatorischen Potenziale im Gemeinwesen selbst setzt, ist *Community Organizing*. Wesentlich geprägt wurde Community Organizing durch den Amerikaner Saul Alinsky, der von den 1930er bis 1960er Jahren in verschiedenen Orten der USA tätig war und mit vielfältigen sozialen Gruppen und Communities – u.a. aus der schwarzen Bürger:innenrechtsbewegung – zusammenarbeitete. Anknüpfend an Handlungsmethoden, die aus gewerkschaftlichen Organisationsformen kamen, wurde auch in der Community Arbeit darauf fokussiert, Menschen zu unterstützen, sich zu organisieren. Sie sollten in die Lage versetzt werden, ihre Probleme selbst zu lösen (Alinsky 1999).

Am Beginn steht die Entwicklung von sozialen Kontakten und Beziehungen, in weiterer Folge liegt der Fokus auf der Bildung einer Organisation von Bürger:innen und deren Ermächtigung. Diese soll mehr als punktuelle Mobilisierung und Aktionen ermöglichen, sondern eine dauerhaftere Organisationsform sein, die sowohl auf eine Verbesserung von konkreten Lebenslagen der beteiligten Menschen abzielt, als auch auf eine Veränderung von Machtbeziehungen (Rothschuh 2013). Damit thematisiert Community Organizing einerseits die lokalen Lebensbedingungen in Stadtteilen und Nachbarschaften, andererseits die strukturellen Verhältnisse, welche soziale Benachteiligungen produzieren und reproduzieren. Bis heute fungiert diese Herangehensweise als eine wichtige Referenz für (reflektierte) parteiiche Gemeinwesenarbeit, die für marginalisierte Gruppen Partei ergreift sowie deren Ermächtigung und den Abbau von Benachteiligungs- und Exklusionsmechanismen zum Ziel hat (Oelschlägel 2013).

Bildung als Praxis der Freiheit

Ein weiteres Handlungskonzept, das auf emanzipatorische und befreiende Praktiken setzt, ist die in Lateinamerika entwickelte *Befreiungspädagogik* bzw. *Pädagogik der Unterdrückten*. Diese wurde seit den 1940er Jahren vom brasilianischen Erziehungswissenschaftler Paulo Freire (1973) entwickelt und international rezipiert (Funke 2010; Wolf 2017). Freire war seit den 1940er Jahren sowie insbesondere Anfang der 1960er Jahre Initiator einer großen Alphabetisierung im Nordosten von

Brasilien. Mehrere Tausend Freiwillige wurden ausgebildet und unterstützten bei der Alphabetisierung. Dies hatte auch eine politische Dimension. Damals waren Analphabet:innen von Wahlen ausgeschlossen – mit der Alphabetisierung erhielten sie auch eine politische Stimme. Paulo Freire verstand Bildung als Praxis der Freiheit. 1970 erschien sein Hauptwerk *Pädagogik der Unterdrückten* (Freire 1973). Er löst darin das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden auf, versteht Bildungsprozesse als Interaktionen, die von den Lebenswelten der Menschen geprägt werden und gleichzeitig das Potenzial für Bewusstwerdung und eine kritische Betrachtung eigener Lebensrealitäten in sich bergen:

»In der problemformulierenden Bildung entwickeln die Menschen die Kraft, kritisch die Weise zu begreifen, in der sie in der Welt existieren, mit der und in der sie sich selbst vorfinden. Sie lernen die Welt nicht als statische Wirklichkeit, sondern als eine Wirklichkeit im Prozess sehen, in der Umwandlung« (ebd.: 88).

Es handelt sich um eine Pädagogik der Kommunikation. Im Dialog werden dabei zwei konstitutive Elemente gesehen: Reflexion und Aktion. Damit ist auch in der Befreiungspädagogik immer eine Aktion, ein Handeln, das auf Befreiung und Emanzipation gerichtet ist, verortet. Dieser aus einer bildungspolitischen Perspektive entwickelte Handlungsansatz hat auch für emanzipatorische Gemeinwesenarbeit – insbesondere mit Menschen, die über weniger formale Bildung und Bildungsabschlüsse verfügen – Relevanz.

Recht auf Stadt

Ein sowohl in der Stadtforschung als auch bei urbanen sozialen Bewegungen rezipiertes Konzept ist das vom französischen Soziologen Henri Lefebvre 1968 proklamierte *Recht auf Stadt* (Lefebvre 2009). Er formulierte dieses als Gegenmodell zur kapitalistisch geformten Stadt, als gesellschaftliches Recht auf die im Urbanisierungsprozess angelegten Qualitäten, die für Lefebvre in der Begegnung, im Austausch sowie in einem kollektiv gestalteten und genutzten städtischen Raum lagen. Die Stadtforscher Andrej Holm und Dirk Gebhardt (2011) formulierten das von Lefebvre geprägte Verständnis von Recht auf Stadt in ihrem Buch *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung* (Holm/Gebhardt 2011) als

»Recht auf Zentralität, als den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens; und das Recht auf Differenz, das für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung steht. Es beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst

ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Das Recht auf die Stadt orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen« (ebd.: 8).

Bis heute gründeten sich zahlreiche urbane soziale Bewegungen und Netzwerke, die von Lefebvres Überlegungen inspiriert sind und durch unterschiedlichste Aktivitäten ein Recht auf Stadt experimentell erproben und auch politisch einfordern (Holm 2013). Anknüpfend an die vielschichtige Konzeption des Rechts auf Stadt, befassen sie sich mit einer Bandbreite an Themen – von der Frage der Verteilung urbaner Ressourcen und der Zugänglichkeit zu diesen, über die kritische Auseinandersetzung mit zunehmender Finanzialisierung von Wohnungsmärkten und der Leistbarkeit von Wohnen, bis zur konkreten Aneignung städtischer Räume und damit verbundenen Praktiken in öffentlichen Räumen, Stadtteilen und Nachbarschaften (ebd.). Die Aktionsformen variieren dabei zwischen spielerischen Interventionen (Dlabaja 2024 in diesem Band) und zivilgesellschaftlichen Protestformen.

Urban Citizenship

Ein jüngerer politischer Diskurs, der in europäischen Städten insbesondere angesichts der verstärkten Migrations- und Fluchtbewegungen an Bedeutung gewonnen hat und der – im realpolitischen Sinn – konzeptionell an das Recht auf Stadt anknüpft, ist *Urban Citizenship* (Giband/Siino 2013). Da in vielen Städten zugewanderte und geflüchtete Menschen von politischen Wahlen, und damit der grundlegendsten Form gesellschaftspolitischer Mitsprache, ausgeschlossen sind, sehen Aktivist:innen sowie einige Stadtverwaltungen demokratiepolitischen Handlungsbedarf. Insbesondere in größeren Städten, die gleichzeitig auch Anziehungspunkte für Migration darstellen, haben teilweise mehr als ein Drittel der Bewohner:innen kein Recht die politischen Entscheidungen dieser Städte mitzubestimmen und sind nicht berechtigt zu wählen. Mit *Urban Citizenship* (politische) Mitsprachemöglichkeiten nicht an Staatsbürgerschaft, sondern an den Wohn- und Lebensort zu knüpfen und – zumindest auf städtischer Ebene – ein Wahlrecht zu ermöglichen, könnte eine Basis für soziale Inklusion auf politischer Ebene bedeuten.

Das Konzept verdeutlicht dabei ebenfalls, dass Inklusions- und Exklusionsmechanismen vielschichtig sind und u.a. auch in ökonomischen Ressourcen, Praktiken, Wertvorstellungen, Haltungen und Identitätskonstruktionen (Wood 2018) verankert sein können, allerdings in Hinblick auf Aufenthaltsstatus und politische Mitbestimmung die rechtlich verankerte Dimension von Zugängen und Ausschlüssen eine wesentliche Bedeutung hat.

Aktuelle Handlungsansätze – ein Blick in die Praxis der Caritas Stadtteilarbeit in Wien

Um konkrete aktuelle Handlungsansätze in Wien zu beleuchten, wird ein Blick auf ausgewählte Beispiele aus der Praxis der Caritas Stadtteilarbeit¹ geworfen. Die Caritas ist eine stark zivilgesellschaftlich verankerte Organisation. Sie setzt gemeinwesenorientierte Aktivitäten um und greift soziale Fragestellungen auf, indem vulnerable Menschen besondere Unterstützung erhalten. Gleichzeitig positioniert sie sich mit öffentlichen Kampagnen und gesellschaftspolitischen Stellungnahmen, die auch auf die Veränderung von Rahmenbedingungen abzielen. Im Leitbild der Caritas Wien wird der gesellschaftspolitische Anspruch so formuliert:

»Gerechte Chancen für alle, solidarisches Handeln und die Bereitschaft zum Teilen – das sind für uns [...] unverzichtbare Bausteine der Gesellschaft. [...] Es ist uns wichtig, dass die Schwachen in der Bevölkerung eine starke Stimme erhalten. [...] Wir wollen aber auch nach den Wurzeln von Unrecht, Not und Leid fragen. Wir sehen solche Wurzeln [...] [auch] in ungerechten gesellschaftlichen Strukturen« (Caritas Wien 2016: 4).

Seit einigen Jahren setzt die Caritas Wien – neben dem Schwerpunkt, Hilfe in Not zu leisten – einen Fokus auf Gemeinwesenarbeit. 2012 wurde dabei auch das Arbeitsfeld der Stadtteilarbeit ins Leben gerufen, dessen Team sich für eine sozial gerechte, lebendige und inklusive Entwicklung von Quartieren und Nachbarschaften im Gebiet der Erzdiözese Wien engagiert ([caritas-stadtteilarbeit.at](https://www.caritas-stadtteilarbeit.at)). Verschiedene Projekte begleiten die Entstehung neuer Wohnquartiere und Nachbarschaften sowie Entwicklungen in bestehenden Stadtteilen. Schwerpunkte sind u.a. Wohnen und Zusammenleben, soziale Quartiersentwicklung, Gesundheitsförderung, Migration und Diversität, Klima und Nachhaltigkeit sowie Forschung und Entwicklung. Das Team ist interdisziplinär zusammengesetzt und besitzt vielfältige Hintergründe und Qualifikationen – wie u.a. Architektur, Raumplanung, Landschaftsplanung, Kultur- und Sozialanthropologie, Soziologie, Soziale Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation, Volkswirtschaft, Internationale Entwicklung, Ernährungswissenschaft, Gesundheitsförderung und Theaterpädagogik.

In die tägliche Arbeit fließen diese Hintergründe ein, indem Vorgehensweisen und Formate aus unterschiedlichen Disziplinen eingebracht und gemeinsam interdisziplinär weiterentwickelt werden. Die Stadtteilarbeit kann so auf unterschiedliche Theorie- und Wissensbestände zurückgreifen und diverse Ansätze, um Stadt zu

1 Die Autorin ist Leiterin des Arbeitsfelds Stadtteilarbeit der Caritas der Erzdiözese Wien (<https://www.caritas-stadtteilarbeit.at>; Zugriff am 31.05.2024) und begleitet deren Entwicklung seit 2012.

verstehen und zu verändern, miteinander verknüpfen. Sie stellt in einigen Projekten auch Verbindungen zwischen Stadtteilarbeit und Stadtforschung her. Mit Fokus auf emanzipatorische Prozesse werden konkrete Handlungsansätze anhand von ausgewählten Beispielen aus der Praxis der Caritas Stadtteilarbeit skizziert.

Multiplikator:innen: Stärkung von Handlungskompetenzen und peer-to-peer Wissensweitergabe

Ein zentraler Handlungsansatz der Caritas Stadtteilarbeit ist die Kompetenzentwicklung und Begleitung von *Multiplikator:innen*. Im Rahmen von verschiedenen Projekten werden Menschen, die daran interessiert sind, sich in ihrem Umfeld zu engagieren, gefördert und bestärkt selbst aktiv zu werden. Ein Blick auf das Themenfeld Flucht und Migration zeigt beispielsweise, dass Menschen, die aus anderen Ländern zuwandern, vor zahlreichen Herausforderungen stehen: Arbeit und Wohnung finden, eine neue Sprache erlernen, sich im neuen Umfeld zurechtfinden und einleben. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, erfordert es – neben Unterstützung durch professionelle Einrichtungen – viel informelles Alltagswissen und soziale Netzwerke.

Das Projekt *Grätzelletern* (caritas-stadtteilarbeit.at) arbeitet mit Menschen, die häufig selbst eine Flucht- oder Migrationsgeschichte haben und die zu Multiplikator:innen qualifiziert werden. Sie sprechen in Summe mehr als 20 verschiedene Sprachen und erhalten Schulungen sowie laufende Begleitung, um andere Menschen in ihrem Grätzl, ihren Netzwerken und Communities im Alltag zu unterstützen. Sie geben Wissen weiter, vermitteln und begleiten zu Ansprechstellen und helfen, Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln und die eigene Lebenssituation zu verbessern.

Die Multiplikator:innen werden im Rahmen ihrer Tätigkeit ermächtigt, indem sie ihr Wissen erweitern und eine neue Rolle einnehmen. Gleichzeitig erleben sie aber auch Herausforderungen – wenn sie komplexe Problemlagen anderer als Belastung wahrnehmen oder sich selbst in prekären Situationen befinden. Auch wenn dieser Handlungsansatz stark auf Emanzipation und Ermächtigung zu selbständigem Handeln abzielt, ist eine Begleitung durch professionelle Sozialarbeiter:innen daher ebenfalls wesentlich, um bei Bedarf zu beraten oder konkret zu unterstützen.

Räume für Communities: Aneignung von Räumen und Realisierung eigener Initiativen

Ein weiterer Schwerpunkt der Caritas Stadtteilarbeit ist es, eigene Ideen und Initiativen der Menschen zu fördern und auf dem Weg zur Umsetzung zu unterstützen. Neben der Stärkung von Selbstorganisation, spielen dabei auch Räume, die für Treffen und Aktivitäten genutzt werden können, eine Rolle. Denn Initiativen in der Stadt

brauchen Räume, die kostenlos oder zumindest kostengünstig und niederschwellig zugänglich sind. Solche Räume an verschiedenen Orten zu schaffen und verfügbar zu machen, ist Aufgabe von gemeinwohlorientierter Stadtteilentwicklung und Stadtteilarbeit, ebenso wie das Ermutigen, vorhandene Raumressourcen in Stadtteilen auch zu nutzen und sich diese anzueignen.

Die Caritas Stadtteilarbeit begleitet die Entwicklung und die Aneignung von kollektiven Raumressourcen – von Gemeinschaftsräumen in neuen Wohnanlagen, über die Gestaltung von Quartiersräumen in neuen Wiener Stadtteilen, bis zur Umnutzung von Räumen in der Bestandsstadt (wie das Stadtteilzentrum in der *Herbststraße 15* in einem ehemaligen Gasthaus in Ottakring oder die *Community Kitchen* in der Brotfabrik in Favoriten). Insbesondere die zwei letzteren fungier(t)en auch als interkulturelle Treffpunkte und Begegnungsorte (Kirsch-Soriano da Silva 2021; Kirsch-Soriano da Silva/Rautner 2019).

Als emanzipatorisch werden vor allem die Aneignungsprozesse erlebt: Räume mit Nutzungen selbst gestalten zu können beziehungsweise im Fall von Menschen, die in prekären oder überbelegten Wohnverhältnissen leben, überhaupt Räume zur Verfügung zu haben. Zudem bieten solche gemeinschaftlichen Räume die Möglichkeit – über kulturelle oder soziale Grenzen hinweg – neue Kontakte und Netzwerke zu knüpfen. Die Herausforderungen bei kollektiven Raumressourcen sind allerdings häufig die Hürden für deren Zugänglichkeit. Diese können das Wissen über die Räume sein, die Anwendung von (digitalen) Buchungssystemen oder auch die Dynamiken innerhalb und zwischen Gruppen. Aufgabe einer gemeinwesenorientierten Begleitung ist es, Zugänge zu ermöglichen und Raumressourcen auch in der gelebten Praxis für unterschiedliche Menschen zu öffnen bzw. offen zu halten.

Treffpunkt Theater: Bearbeitung von herausfordernden Situationen im Rahmen von Forum Theater

Für soziale Teilhabe einzutreten, beginnt beim Identifizieren und Aufzeigen von Ungleichheiten. Rund um die Grätzleltern entstand in der Herbststraße 15 die Initiative *Treffpunkt Theater*. Diese arbeitete – unter der Begleitung einer Theaterpädagogin – mit dem Ansatz des *Theaters der Unterdrückten* (Boal 1979). Aus dem Alltag der Beteiligten wurden Szenen entwickelt, die Situationen aufzeigten, die als ungerecht empfunden wurden. Diese thematisierten u.a. erlebte Benachteiligungen oder Diskriminierungen. Im Rahmen von zwei Aufführungen wurden die Szenen auf die Bühne gebracht. Das Publikum hatte Gelegenheit, mit der Methode von Forum Theater selbst in die jeweilige Szene einzusteigen und alternative Handlungsoptionen vorzuschlagen. So wurden die Zuschauenden zu Mitwirkenden und konnten über das Schauspiel die gezeigten Situationen der Unterdrückung verändern.

Die spielerische Herangehensweise ermöglicht es, Situationen zu adressieren und – mit dem Schauspiel – sichtbar zu machen. Das sich Bewusstwerden von er-

lebten Benachteiligungen und Diskriminierungen kann dabei der erste Schritt sein, sich diesen auch entgegenzustellen sowie – auf und außerhalb der Bühne – auch Verbündete dafür zu finden. Insofern wohnt dem Ansatz ein starkes emanzipatorisches Potenzial inne. Die Herausforderung liegt in der Folge darin, die Erfahrungen aus dem Spiel auch in die eigene Praxis und Realität zu übertragen und mitzunehmen.

Inclusive Housing: Sichtbarmachen von prekären Wohnverhältnissen und Policy Empfehlungen

In vielen Fällen gelingt es den Grätzeleltern, Brücken zu Ansprechstellen zu schlagen und Lösungswege für identifizierte Problemlagen zu befördern. Bei manchen Themen erweist es sich jedoch als besonders schwierig, Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln – etwa bei prekären Wohnsituationen. So entstand die Idee, im Rahmen einer partizipativen Forschung diese Wohnverhältnisse und die dahinterliegenden strukturellen Dimensionen sichtbar zu machen. Der partizipative Aspekt lag darin, dass die Multiplikator:innen mit ihrem Wissen das Projekt mitgestalteten. Gemeinsam mit Projektpartner:innen wurde 2019/2020 die Studie *Wohnen für geflüchtete Menschen in Wien* durchgeführt (Kirsch-Soriano da Silva et al. 2020). Deren Herzstück waren Interviews mit 22 geflüchteten Menschen zu ihren Wohnbiographien. Dabei spielten die Multiplikator:innen als Brückenbildner:innen, Begleiter:innen und Übersetzer:innen eine wesentliche Rolle, den Geflüchteten zu ermöglichen, ihre Geschichten zu erzählen. Im Zuge des EU-Projekts *Inclusive Housing* beschäftigte sich das Projektteam dann damit, wie Wohnen inklusiver gestaltet werden kann. Mit Stakeholdern aus Stadtverwaltungen, Wohnbauvereinigungen, Universitäten, NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus drei verschiedenen Städten wurden Policy Empfehlungen für europäische Städte im Kontext urbaner Migration und in Hinblick auf sozial nachhaltige Wohnraumversorgung entwickelt.

Die tiefere Erforschung von Wohnbiographien kann in diesem Prozess ebenfalls als emanzipatorisches Moment gesehen werden. Das für viele in der Stadt Unsichtbare zu erkunden, zu erfassen, und die Menschen, die davon betroffen sind, selbst darüber erzählen zu lassen, kann eine, wenn auch vielleicht kleine, Initialzündung für Veränderungen sein. Über die Involvierung von Stakeholdern können die Erfahrungen der Geflüchteten mit der Praxis von Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltungen in Beziehung gesetzt werden und daraus Handlungsempfehlungen entstehen. Deren Umsetzung entzieht sich in der Folge zwar dem direkten Einfluss eines Projekts, die in kooperativer Form entwickelten Empfehlungen können aber Denk- und Handlungsanstöße mitgeben. Zudem ist die Caritas selbst eine Akteurin, die Wohnformen entwickelt und betreibt, und kann daher auch in verschiedenen Bereichen der Organisation Anstöße mitnehmen und umsetzen.

Fazit – Potenziale emanzipatorischer Stadtteilarbeit

Abschließend werden emanzipatorische Potenziale der beschriebenen Handlungsansätze aus der Praxis in den Blick genommen und mit den zuvor erläuterten Konzepten in Bezug gebracht. Emanzipatorische Stadtteilarbeit wird dabei auch als Chance für die Stärkung von Teilhabe und eine demokratische Entwicklung von Stadt und Gesellschaft verstanden.

Wissen als Basis für Handlungsmacht

Die Praxiserfahrungen zeigen, dass Zugang zu Wissen und Informationen eine wesentliche Basis für Ermächtigung darstellt und dazu beiträgt, neue Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren und zu eröffnen. Dabei geht es nicht nur um formale Bildung, sondern auch um alltagsrelevantes Wissen, das die Bewältigung von erlebten Herausforderungen erleichtert. Dazu zählt das Wissen um Ansprüche, Rechte und formelle Regelungen, genauso wie das Wissen um informelle Regeln und Praktiken – beispielsweise auf was in der Nachbarschaft in einem Haus zu achten ist oder wie eine Anmeldung im Kindergarten am besten funktioniert. Dies knüpft konzeptionell an Freires (1973) Gedanken von Bildung als Praxis der Freiheit und Befreiung an. In Migrationsgesellschaften spielen Mehrsprachigkeit und die peer-to-peer Wissensweitergabe in der eigenen Muttersprache sowie – im Kontext von Verfolgung und Flucht – auch Menschen, denen Vertrauen entgegengebracht wird, eine bedeutende Rolle.

Soziale Netzwerke als soziales Kapital

Das Knüpfen von sozialen Netzwerken ist ein weiterer wesentlicher Aspekt, der durch Ansätze der Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit gefördert wird. Begleitforschungen zum Projekt Grätzleltern belegen dies deutlich (Herzog et al. 2021; Stoik 2013). Soziale Netzwerke ermöglichen eine Stärkung des sozialen Kapitals. Dabei können – angelehnt an Robert D. Putnams Sozialkapitalkonzeption (Putnam 2000), die dem Projektteam der Grätzleltern als Bezugspunkt für die Reflexion der erlebten und beobachteten Praxis diente – verschiedene Dimensionen von sozialem Kapital wirksam werden (Auradnik et al. 2019). Bei *Bonding Social Capital* werden Netzwerke innerhalb der eigenen (sprachlichen oder ethnischen) Communities gebildet, die für viele eine bedeutsame Ressource für Informationen sowie für Hilfestellungen darstellen.

Bei *Bridging Social Capital* werden Netzwerke über die eigene Community hinaus gefördert, die damit auch neue Möglichkeiten eröffnen, indem potenziell unterstützende Kontakte – etwa in Hinblick auf Wohn- oder Arbeitsmöglichkeiten – daraus entstehen können. Einzelne Wohnbiographien von Geflüchteten zeigen beispiels-

weise, wie es in einigen Fällen hilfreich war, dass Personen mit deutscher Muttersprache bei Wohnungsbesichtigungen begleiteten, und so die Chance auf den Zugang zu einer Wohnung erhöht wurde. Darüber hinaus können beim *Linking Social Capital* Verbindungen zu professionellen Einrichtungen hergestellt werden und auf diese Weise Handlungsmöglichkeiten auf weiteren Ebenen eröffnen (ebd.). Begegnungen in interkulturellen Settings, wo Menschen verschiedener Milieus in Kontakt treten, können in diesem Sinne vielfältige Effekte haben. Das Bilden und Stärken von sozialen Netzwerken schließt zudem ein Stück weit an Ideen des Community Organizing an, welches das Knüpfen sozialer Beziehungen als Ausgangspunkt für Formen der Organisation und Selbstorganisation sieht und damit ebenfalls Anknüpfungspunkte für emanzipatorische und demokratische Prozesse bietet.

Inklusive Gestaltung von Rechten und Regelwerken

Die Begleitung von Menschen bei ihren Alltagswegen zeigt auch alltägliche Hürden. Wie schwierig es sein kann, Rechte und Ansprüche durchzusetzen, wie hochschwellig der Kontakt zu Behörden und selbst sozialen Einrichtungen in Österreich manchmal ist, wie manche Gruppen auch rechtlich vom Wohnungs- und Arbeitsmarkt – aufgrund ihres Aufenthaltsstatus – ausgeschlossen sind. Schon die erste Begleitforschung zu den Grätzleltern beobachtete in diesem Zusammenhang das Phänomen des »*Creaming the Poor*« (Stoik 2013: 24), bei dem sich Einrichtungen mit einer hohen Nachfrage von Hilfesuchenden auf Menschen mit leichtem Hilfebedarf konzentrieren, die schneller vermittelt und in Regelprozesse integriert werden können. Die Erfahrungen von Betroffenen sind dabei ein Sensorium für die Lücken und blinden Flecken des Systems bzw. für strukturelle Ausschlussmechanismen. Sie geben Hinweise, wie sowohl rechtliche Regelungen – im Sinne von Urban Citizenship, welches über das Wahlrecht hinausgeht – als auch Angebote von Institutionen inklusiver gestaltet werden könnten. Im Zuge des Projekts Inclusive Housing waren bspw. Stakeholder wie der Verband der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen und Wiener Wohnen involviert. Letztere befassten sich gerade mit der Überarbeitung der Vergabekriterien für den Gemeindebau und konnten zum einen Policy Empfehlungen im Projekt mitgestalten und zum anderen Anregungen aus dem europäischen Austausch auch in den eigenen institutionellen Prozess einfließen lassen.

Sensibilisierung für gesellschaftlichen Wandel

Um tatsächlich gesellschaftlichen Wandel zu erwirken, braucht es Bewusstsein für gesellschaftliche Entwicklungen und Handlungsbedarfe. Ein Recht auf Stadt, das ein Recht auf die Versprechungen des Städtischen für alle einfordert bzw. einlöst, braucht die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und von Entscheidungsträger:in-

nen. Ein Forum Theater, bei dem erlebte besonders herausfordernde Situationen veröffentlicht werden, kann hier ein Baustein sein, genauso wie öffentliche Stellungnahmen und Kampagnen.

In der Stadtteilarbeit passiert Sensibilisierung zudem durch unmittelbaren Kontakt. Wenn Menschen, die bislang wenig mit Armut oder Flucht in Berührung gekommen sind, persönlich mit Menschen sowie deren Geschichten in Kontakt kommen und mehr über deren Lebenssituationen erfahren, können sie bestehende Meinungen und Haltungen auch ändern. Dennoch stellt sich immer wieder die Frage: Wie können benachteiligende Strukturen verändert werden? Innerhalb des Systems oder in Konflikt mit diesem? Stadtteil, Nachbarschaft, Community sind dabei Räume, wo strukturelle Dimensionen in ihrer Komplexität nur sehr begrenzt bearbeitbar sind. Gleichzeitig sind sie aber auch Handlungsräume, wo Alltag erlebt und Aushandlungs- und Transformationsprozesse ihren Anfang nehmen können, um – gemeinsam mit Menschen, die sich artikulieren – dann auf weitere Ebenen getragen zu werden. Auch dies wurde in den Stakeholder Workshops von Inclusive Housing teilweise ersichtlich.

Urbane Praxis und Stadtforschung

Im Kontext der erläuterten Handlungsansätze ist sowohl interdisziplinäres Herangehen als auch eine Verbindung zwischen stadtbezogener Praxis und stadtbezogener Forschung von Bedeutung. Denn emanzipatorische Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit ist in einem ersten Schritt immer auch ein Erforschen, Erkunden und Reflektieren von Lebensrealitäten und Lebenslagen. Gleichzeitig erfordert sie – indem sie den Anspruch von emanzipatorischen Haltungen und Prozessen stellt – auch eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und strukturellen Dimensionen von Benachteiligung, Abhängigkeit, Unterdrückung und Diskriminierung. Dafür sind auch konzeptionelle und theoretische Überlegungen aus der interdisziplinären Stadtforschung von Relevanz, sowie das laufende Weiterentwickeln und Analysieren von Wissensbeständen auf Basis empirischer Beobachtungen und Erhebungen. Diese können im Rahmen der Stadtteilarbeit selbst erfolgen, aber auch in Kooperation mit Forschungseinrichtungen, die begleitend forschen, beraten und Erkenntnisse wieder in die Praxis einfließen lassen.

Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang zudem kooperative Forschungsansätze, die Praxis und Forschung auf Augenhöhe verbinden und wechselseitige Synergien ermöglichen – wie *Participatory Action Research* oder *Community Based Participatory Research* (Vaughn/Jacquez 2020). Bei diesen werden auch die Menschen in der Stadt selbst zu Expert:innen und Forscher:innen, können Erfahrungen, Alltagswissen und vielfältige Lebensrealitäten einbringen, um von diesen ausgehend neues Wissen, sowie – im Sinne einer emanzipatorischen Forschung – neues Handeln zu generieren. Denn eine kollaborativ konstruierte Analyse von Stadt

und Gesellschaft, unter der Involvierung von Perspektiven unterschiedlicher Menschen, insbesondere der Perspektiven gesellschaftlich Benachteiligter, ist eine wichtige Basis, um Emanzipation und damit auch nachhaltige Teilhabe in der Entwicklung von Städten möglich zu machen.

Literatur

- Aalbers, Manuel B. (2008): *The Financialization of Home and the Mortgage Market Crisis*, in: *Competition and Change* 12(2), 148–166.
- Alinsky, Saul (1999): *Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften*. 2. Auflage, Göttingen: Lamuv Verlag.
- Arnstein, Sherry (1969): A ladder of citizen participation, in: *Journal of the American Planning Association* 35(4), 216–224.
- Auradnik, Stefan/Kirsch-Soriano da Silva, Katharina/Rautner, Florian (2019): Zugewanderte Menschen als MultiplikatorInnen und ihre Rolle in Integrationsprozessen, in: Mathias Czaika/Lydia Rössl/Friedrich Altenburg/Anna Faustmann/Thomas Pfeffer (Hg.), *Migration & Integration 7. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis*, Krems: Edition Donau-Universität Krems, 225–236.
- Becker-Schmidt, Regina (2007): »Class«, »gender«, »ethnicity«, »race«: Logiken der Differenzsetzung, Verschränkungen von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung., in: Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp/Birgit Sauer (Hg.), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht, Ethnizität*, Frankfurt/New York: Campus, 56–84.
- Boal, Augusto (1979): *Theater der Unterdrückten. Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Caritas Wien (2016): *Leitbild Caritas Erzdiözese Wien*, Wien: Caritas, <https://www.caritas-wien.at/fileadmin/storage/wien/ueber-uns/leitbild.pdf> [Zugriff am 19.02.2024].
- Freire, Paulo (1973): *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit*, ungekürzte Ausgabe, Reinbek: Rowohlt.
- Funke, Kira (2010): *Paulo Freire, Werk, Wirkung und Aktualität*, Interaktionistischer Konstruktivismus, Münster: Waxmann.
- Giband, David/Siino, Corinne (2013): *La citoyenneté urbaine pour penser les transformations de la ville?*, in: *Annales de géographie*, 2013/6 (694), 644–661.
- Hertzsch, Wenke/Hamedinger, Alexander (2019): *Partizipative Planung: Stand und Perspektiven in Wien*, in: *Kurswechsel* 4/2019, 72–83.
- Herzog, Anna/Weitzhofer, Bettina/Grünhaus, Christian (2021): *Schutzschild Gemeinwesenarbeit? Über Wirkungen und Wert von Gemeinwesenprojekten in Wien angesichts der Covid-19-Krise am Beispiel des Projekts »Grätzelerlern« der Caritas Wien*, Wien:

- Kompetenzzentrum für Nonprofit-Organisationen und Social Entrepreneurship.
- Holm, Andrej (2013): Recht auf die Stadt – Soziale Bewegungen in umkämpften Räumen, in: *participate Kultur aktiv gestalten* 03, 1–10.
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg: VSA Verlag.
- Kirsch-Soriano da Silva, Katharina (2021): Community Cooking fördert Inklusion und Diversität, in: Andrerer Sihm-Weber (Hg.), *CSR und Inklusion*, Berlin/Heidelberg: Springer Gabler, 457–468.
- Kirsch-Soriano da Silva, Katharina/Rautner, Florian (2019): *Herbststraße 15: Ein offener Raum für Community und Nachbarschaft. Lernerfahrungen aus einem kooperativen Stadtteilzentrum in Wien Ottakring*, in: *soziales_kapital*, wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit, 22, <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/646/1163> [Zugriff am 19.02.2024].
- Kirsch-Soriano da Silva, Katharina/Rautner, Florian/Osborn, Sam/Stoik, Christoph/Reinprecht, Christoph/Reininger, Jana/Coufal, Lena/Lutter, Johannes/Bartik, Herbert (2020): *Endbericht »Wohnen für geflüchtete Menschen in Wien«*, Wien: Caritas Stadtteilarbeit/FH Campus Wien/Universität Wien/Urban Innovation Vienna.
- Knierbein, Sabine/Vidermann, Tihomir (Hg.) (2018): *Public Space Unbound: Urban Emancipation and the Post-Political Condition*, New York/London: Routledge.
- Köster, Dietmar (2009): *Partizipation im Alter in den Kommunen Nordrhein-Westfalens*, in: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 11/2009, https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_koester_090605.pdf [Zugriff am 14.07.2024].
- Lefebvre, Henri (2009): *Le droit à la ville*. Paris: Anthropos.
- Oehler, Patrick/Drilling, Matthias/Käser, Nadine/Thomas, Nicola (2017): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung – Emanzipation als neue Leitperspektive?, in: Patrick Oehler/Matthias Drilling/Nadine Käser/Nicola Thomas/Jutta Guhl (Hg.), *Emanzipation, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Eine programmatische und methodische Herausforderung*, Opladen: Barbara Budrich, 11–32.
- Oelschlägel, Dieter (2013): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteiichen Perspektive., in: Matthias Drilling/Patrick Oehler (Hg.), *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung*. Wiesbaden: Springer VS, 45–56.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone*. New York: Simon and Schuster.
- Rothschuh, Michael (2013): Community Organizing. Macht gewinnen statt beteiligt werden., in: Sabine Stövesand/Christoph Stoik/Ueli Troxler (Hg.), *Handbuch Gemeinwesenarbeit*. Opladen, 375–383.
- Sassen, Saskia (2001): *The global city: New York, London, Tokyo*. Princeton: Princeton University Press.

- Selle, Klaus (Hg.) (1996): *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft*. Wiesbaden: Bauverlag.
- Stoik, Christoph (2013): *Endbericht zur Begleitforschung des Pilotprojekts »Grätzleltern«*. Wien: Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit der FH Campus Wien.
- Vaughn, Lisa M./Jacquez, Farrah (2020): *Participatory Research Methods – Choice Points in the Research Process.*, in: Journal of Participatory Research Methods 1(1).
- Wolf, Merlin (2017): *Paulo Freire und die Kritische Theorie*. Heidelberg: Econotion.
- Wood, Phil (2018): *Background Paper. Urban Citizenship. Making Places where even the undocumented can belong*. Exploratory Workshop. Intercultural Cities. 28–29 November 2018, Botkyrka, Sweden, <https://rm.coe.int/urban-citizenship-background-paper-/1680933629> [Zugriff am 14.07.2024].